»Eine Art vergangenheitspolitischer Endkampf«

Ein Gespräch mit Ulrich Herbert

Die 15 Jahre nach 1990 haben Sie einmal als »vergangenheitspolitische Dauerdiskussion« beschrieben, die »zuweilen durchaus manische Züge trug«. Was war da los?

Nachdem die Bundesrepublik auch den zweiten Machtwechsel 1982 stabil überstanden und die Wirtschaftskrisen von 1973/1974 und 1980/1982 überwunden hatte, war das Land endgültig aus der Nachkriegszeit herausgetreten und fühlte sich »normal«. Und je saturierter die Republik wurde, desto skandalöser und anachronistischer wirkten die Verbrechen des NS-Regimes. Ernst Noltes Diktum von der »Vergangenheit, die nicht vergehen will« (1986), markierte diesen Zusammenhang. Das hatte auf der einen Seite zur Folge, dass das Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus stieg. Darauf reagierte die Wissenschaft, und allmählich erschienen zahlreiche empirisch dichte Studien über den Judenmord, über die Konzentrationslager, die Einsatzgruppen, die Zwangsarbeiter. Die Diskussionen um die NS-Zeit waren in den Jahrzehnten zuvor vor allem ideologische Debatten ohne genaue Kenntnisse gewesen, der sogenannte Historikerstreit von 1986 war ein später Höhepunkt dieser Tradition. Auf der anderen Seite versuchte die Regierung Kohl seit ihrem Machtantritt 1982 dieser Fokussierung auf die NS-Zeit durch eine geschichtspolitische Initiative entgegenzutreten.

Indem sie auf eine neue deutsche Normalität setzte, statt auf verunsichernde Vergangenheitsbewältigung?

Ja, Kohl hatte betont, es werde zu viel über die Nazi-Zeit gesprochen und zu wenig über die anderen Epochen der Geschichte, das Land verliere so seine gesamtdeutsche Identität. Das sollte sich ändern, man wollte eine neue >Normalität< erreichen. Dazu dienten etwa die Pläne für ein Bonner Museum der deutschen Geschichte nach 1945 oder die Einladung an den US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, am 5. Mai 1985, also zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. Analog zur deutsch-französischen Versöhnung über den Gräbern des Ersten Weltkriegs mit dem berühmten Bild von Kohl und Mitterand in Verdun ein Jahr zuvor sollte die deutsch-

amerikanische Freundschaft auf den Gräbern der deutschen und US-amerikanischen Gefallenen des Zweiten Weltkriegs inszeniert werden. Reagans Besuch in Bitburg sorgte allerdings für enorme Aufregung und für große öffentliche Diskussionen in Deutschland wie in den USA. Denn ein erheblicher Teil der dort begrabenen deutschen Soldaten hat der Waffen-SS angehört. Für amerikanische Ohren klingt Waffen-SS nach KZ und Holocaust, was ja nicht ganz falsch ist. Die Absicht, mit der gemeinsamen Kranzniederlegung einen vergangenheitspolitischen Schlussstrich zu ziehen, verkehrte sich so in ihr Gegenteil. Das Interesse an der empirischen Geschichte des NS-Regimes wurde vielmehr massiv befördert.

Und die bekannte Rede Richards von Weizsäckers sorgte dann ihrerseits für einen geschichtspolitischen Aufmerksamkeitsschub?

Viele nahmen vor diesem Hintergrund die Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 als Einschnitt wahr, als eine Art Befreiungsschlag, weil er vom »Tag der Befreiung« gesprochen hatte. Auch das wirkt aus heutiger Perspektive merkwürdig, weil die seinerzeit erbittert debattierte Alternative – Besatzung oder Befreiung – ja gar keine ist. Dass Weizäcker damals zum ersten Mal die verschiedenen Opfer des Nationalsozialismus aufzählte, war etwas Neues, weil er hier auch Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Sinti und Roma nannte, die jahrzehntelang gar nicht als NS-Opfer anerkannt waren. Allerdings, das ist für uns heute irritierend, verlor er kein Wort über die Täter. Aus dem Mund von Weizsäckers, der seinen Vater, den Staatssekretär im NS-Außenministerium in Nürnberg verteidigt hatte, klang das eigentümlich.

Und dann kam die Vereinigung. Mir sagte damals ein Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: »Jetzt ist aber Schluss mit den Diskussionen über die NS-Vergangenheit, jetzt beginnt ein neues Zeitalter.« Tatsächlich war das Gegenteil der Fall.

Die historische Situation hatte sich nach 1989/1990 durchaus verändert. Warum gewann die Debatte über den Nationalsozialismus ausgerechnet zu dieser Zeit an Intensität?

Zum einen führte man die im Westen gerade erst begonnene neue Debatte über die NS-Verbrechen fort. Die Diskussionen wurden noch befeuert durch die nicht nur unter der deutschen Linken, sondern auch in vielen europäischen Ländern, in den USA wie in Israel verbreitete Furcht, das vereinte Deutschland werde so mächtig sein, dass es an alte Großmachtfantasien anknüpfen werde. Thatchers Wort vom »Vierten Reich« steht exemplarisch dafür. Um dieser befürchteten Tendenz etwas entgegenzusetzen, wurde der kritische Bezug auf die NS-Zeit und auf die Jahrzehnte

der Verdrängung der Massenverbrechen nach 1945 verstärkt. Gleiches galt in etwas verschobener Form auch für die DDR, die jetzt zu Ostdeutschland wurde. Gerade bei den Anhängern der Bürgerbewegung, den eigentlichen Revolutionären des November 1989, wuchsen Empörung und Scham über die von der SED verordnete Art des Umgangs mit dem Naziregime, insbesondere mit dem Judenmord.

In der Geschichtswissenschaft erschienen nun zahlreiche Bücher über die NS-Verbrechen, die auf breites Interesse stießen, Studien von Dieter Pohl, Götz Aly und Susanne Heim, Christian Gerlach und anderen. Dann veröffentlichte Saul Friedländer sein Buch über den Holocaust, in dem er zeigte, wie man die Perspektive der Opfer und die der Täter miteinander in Verbindung bringen kann, was viele, ich auch, vorher für unmöglich gehalten hatten.

Das heißt, die vergangenheitspolitischen Diskussionen über das NS-Regime fanden ausschließlich zwischen Politik und Wissenschaft statt?

Nicht nur. Ein Beispiel wäre hier der »Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten«, der Anfang der 1980er-Jahre auf Initiative von Reinhard Rürup, Lutz Niethammer und anderen den »Alltag im Nationalsozialismus« zum Thema hatte. Die Ausschreibung hatte enorme Auswirkungen, hier sind tausende von Arbeiten eingesandt worden, es gründeten sich hunderte von regionalen Geschichtsinitiativen. Diese intensive Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, mit den Verbrechen an Juden, Sinti und Roma, den sowjetischen Kriegsgefangenen, den Zwangsarbeitern – das war eine Initiative von unten, sie wurde gegen die Kohl'schen Versuche einer Normalisierung der Geschichte durchgesetzt, fast könnte man sagen: erkämpft. Solche Bewegungen muss man auch betonen, gerade gegen allerhand Versuche derzeit, die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als staatsoffizielle Veranstaltung zu denunzieren.

All das hat in den 1990er-Jahren immer weiter gekocht und sich schließlich zugespitzt in zwei oder drei großen Debatten. Die erste drehte sich um den Vergleich von Nationalsozialismus und Stalinismus. Das war bis dahin von links als potenziell reaktionär abgelehnt, von rechts als vergangenheitspolitische Egalisierungsstrategie genutzt worden. Nun aber erforschte man die Massenverbrechen beider Regimes einigermaßen schonungslos und breit, dabei traten Gemeinsamkeiten und Unterschiede hervor. Außerdem rückte die Frage in den Vordergrund, wieso es beinahe zur gleichen Zeit in zwei europäischen Diktaturen zu derartigen, in der Geschichte bis dahin unbekannten Ausbrüchen der Massengewalt kam. Solche Überlegungen waren vor allem für die Linke von Bedeutung, die von ihrer vergangenheitspolitischen Unschuldspose befreit wurde, weil sie sich nun auch mit den

Verbrechen der Kommunisten, mit Gulag und Kambodscha beschäftigen musste.

1996 erschien dann Daniel Goldhagens Buch Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, das außerordentlich viel Aufmerksamkeit bekam und sich allein in Deutschland ein paar hunderttausendmal verkaufte, ebenso in den USA und vielen anderen Ländern. Es war in sich widersprüchlich und seine Hauptthese nicht überzeugend: Die »ganz normalen« Deutschen seien aus ihrer Geschichte heraus seit Jahrhunderten antisemitisch und darauf erpicht, die Juden zu ermorden. Im Grunde war es nur eine extreme Variante der Sonderwegsthese, die Reduktion der Problematik auf eine einzige simple Erklärung. Aber die Diskussionen, die daraus entstanden, waren interessant. Zum ersten Mal stand das Verhältnis von Holocaust und deutscher Bevölkerung im Zentrum der Debatte. Und es wurde deutlich, dass die Deutschen dabei eben keine neutralen Beobachter, keine stillen Zeugen fremder Taten gewesen waren. Mitte der 1990er-Jahre stand also die NS-Zeit in einem Maße im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit wie nie zuvor seit 1945. Die Debatte um Zwangsarbeiter spitzte sich zu, verbunden mit der Frage nach Entschädigung. Die Diskussion um das »Denkmal für die ermordeten Juden« führte zu erregten Kontroversen, ob eine solche »Monumentalisierung der Schande«, wie Walser das nannte, angemessen oder überhaupt statthaft sei. Und dann kam die Wehrmachtsausstellung.

Offenkundig gab es eine große Bereitschaft in der deutschen Gesellschaft, sich auf diese Debatten einzulassen. Welche Fronten trafen da aufeinander? Sie haben den Historikerstreit einmal eine »Stellvertreter-Debatte« genannt. Trifft das auch auf die anderen Debatten zu?

Zum Teil schon. Im Historikerstreit stritten sich die Liberalen und die Liberal-Konservativen einer Generation. Die Rechten jener Jahre spielten dabei keine Rolle. Auch Ernst Nolte war ja kein Rechter, wobei er sich mit seinen Büchern nach dem Historikerstreit sicher verrannte. Hier kamen auch viele persönliche Motive zum Tragen. Noltes Bruder war an der Ost-Front gefallen. Andreas Hillgruber war mit seiner Familie bei Kriegsende aus den Ostgebieten vertrieben worden, darauf bezog er sich mit seinem Buch Zweierlei Untergang, das dann – zu Recht – heftig kritisiert wurde. Der Historikerstreit war eine Auseinandersetzung der Erlebnisgeneration, und er war viel stärker persönlich und politisch geprägt als die Debatten, die er auslöste.

In der Diskussion um die Zwangsarbeiter waren die Fronten klarer. Es ging darum, ob die Verschleppung von Millionen von Menschen aus den besetzten Gebieten zum Arbeitseinsatz nach Deutschland als Unrecht oder sogar als Verbrechen anerkannt wurde. Die Urteile westdeutscher Gerichte legitimierten sie durchgehend als »kriegsbedingte Notwendigkeit«. Es bedurfte erheblichen Drucks US-amerikanischer Gerichte, um deutsche Unternehmen dazu zu bringen, hierfür Entschädigungen zu zahlen.

Was die deutsche Bevölkerung angeht, so nahm die Bereitschaft, sich mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen, seit den späten 1960er-Jahren und dann noch einmal seit den 1980er-Jahren deutlich zu. Das steigende Interesse war nicht immer ganz eindeutig, aber die Tendenz blieb doch erkennbar. Allmählich begann sich eine mehrheitliche Überzeugung herauszubilden, dass die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen richtig und notwendig war beziehungsweise ist. Aber dieser Prozess war nie selbstläufig und er war auch nie ungefährdet, wie sich an der Wehrmachtsausstellung zeigte.

Inwiefern unterschied sich der Streit um die Wehrmachtsausstellung von anderen vergangenheitspolitischen Debatten?

Anders als bei den vorangegangenen Debatten blieben die Aussagen und Vorwürfe hier ja nicht pauschal (wie bei den »ganz normalen Deutschen«) oder waren an »die Industrie« gerichtet wie bei der Zwangsarbeiter-Diskussion, sondern die Ausstellung betraf konkret die Wehrmacht und damit mehr als 17 Millionen deutsche Soldaten. Bis dahin galt die Unterscheidung: böse Nazis, saubere Wehrmacht, so hatten es nicht zuletzt die Westalliierten nach dem Krieg formuliert. Historiker stellten den Mythos von der sauberen Wehrmacht war zwar längst infrage – Christian Streit in seinem Buch Keine Kameraden (1991) über den Tod der drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen etwa, Jürgen Förster, Rolf-Dieter Müller und viele andere –, aber in der Öffentlichkeit war das nicht breit rezipiert worden.

Die Aussagen der Wehrmachtsausstellung, wonach die Wehrmacht und damit auch ihre Soldaten in erheblichem Maße in die Massenverbrechen des Nationalsozialismus integriert waren, empfand man als Zumutung. Dagegen regte sich daher rasch heftiger Protest. Zunächst von der politischen Rechten, das war zu erwarten gewesen. Aber darüber hinaus empörten sich auch viele einstige Soldaten und protestierten gegen die Ausstellung. Besonders engagiert war hier Rüdiger Proske. Proske war Sozialdemokrat, Gewerkschafter und einer der Mitbegründer des TV-Magazins Panorama. Als einstiger Wehrmachtssoldat fühlte er sich durch die Ausstellung beleidigt und bezeichnete sie als »raffinierteste Darstellung historischer Irreführung in unserem Lande seit dem Dritten Reich«. Allerdings war er als Jagdflieger schon 1940 über London abgeschossen worden und hatte die Zeit danach in britischer Gefangenschaft verbracht. An die Ostfront und die dort verübten Massenverbrechen besaß er also gar keine eigene Erinnerung.

Im Groben aber verlief die Grenze zwischen Zustimmung und Empörung gegenüber der Ausstellung entlang der Parteilinien. Die Linke war

dafür, die Rechte dagegen. Für den Bayernkurier war die Ausstellung Teil eines »moralischen Vernichtungsfeldzugs gegen das deutsche Volk«. Auf Demonstrationen trugen die Menschen große Plakate herum: »Unsere Vorfahren waren Helden«.

Mit fast anderthalbtausend Fotos und ihrer Architektur, etwa dem »Eisernen Kreuz«, setzte die erste Wehrmachtsausstellung auch auf Überwältigung. Wie haben Sie die Ausstellung damals gesehen?

Überwältigung? Das habe ich damals nicht so empfunden. Die Ausstellung habe ich 1995 in Hamburg zum ersten Mal gesehen, zu dem Zeitpunkt hatte ich auch die Vorgeschichte schon ein wenig mitbekommen. Ich fand sie gelungen. So ging es auch den meisten meiner Kollegen, die seit Jahren zu Nationalsozialismus und Vernichtungskrieg geforscht hatten. Die Inhalte waren zum großen Teil in der Wissenschaft bekannt und unumstritten.

Wie erklären Sie sich dann die Aufregung, die Eskalation der Proteste, die ja den publizistischen Rahmen sprengten?

Offenbar traf die Ausstellung einen Nerv. In Deutschland stand die Wehrmacht symbolisch für die Selbstwahrnehmung der Deutschen insgesamt: Auf tragische Weise verstrickt, aber nicht schuldig – mit wenigen Ausnahmen. Die Ausstellung widerlegte nun dieses Narrativ oder stellte es jedenfalls infrage. Dabei hatte die politische Rechte durch ihre massiven Proteste die Aufmerksamkeit auf die Ausstellung ja erst befördert, unter anderem mit dem Bombenanschlag auf die Ausstellung in Saarbrücken. Bis dahin war die Ausstellung vor allem im akademischen und linken Milieu auf Interesse und Zustimmung gestoßen, aber erst durch die Proteste von rechts geriet sie zu einer offenen vergangenheitspolitischen Feldschlacht. Natürlich gab es dabei auch auf Seiten der Ausstellungsmacher Übertreibungen, etwa als Hannes Heer in einem Vortrag davon sprach, achtzig Prozent der deutschen Soldaten seien an solchen Verbrechen beteiligt gewesen. Die Zahl war reine Spekulation ohne Beleg und seriöse Grundlage. Solche Überdehnungen haben dann auch bei vielen derjenigen Leute zu Irritation und Empörung geführt, die die Ausstellung bis dato zumindest interessant gefunden hatten.

Welche Rolle spielte die Entdeckung, dass eine Reihe von Bildern der Ausstellung falsch datiert oder zugeordnet waren?

Sie trug dazu bei, die Ausstellung insgesamt und ihre Hauptthese von den Verbrechen der Wehrmacht zu delegitimieren. Das Schlimmste war, dass auf diese Weise die Angriffe von rechts und ganz rechts bestätigt zu werden schienen und einen seriösen Anstrich erhielten. Schaut man sich das von heute aus an, so ist die Zahl der falschen Bildunterschriften weder sonderlich hoch noch zu vernachlässigen. Sie zeugt schon von einer gewissen Schludrigkeit, aber bei normalen Ausstellungen hätte man die Unstimmigkeiten nach ein paar Monaten korrigiert und fertig. Hier aber dienten sie als Beleg für die Zweifelhaftigkeit oder gar Unrechtmäßigkeit des gesamten Unternehmens. Andersherum bestätigten sie die Überzeugung, Verbrechen der Wehrmacht habe es gar nicht gegeben.

Als Jan Philipp Reemtsma dann das Moratorium und die Einsetzung der Expertenkommission bekannt gab, wurde das in der Öffentlichkeit als Eingeständnis der Niederlage wahrgenommen. Das war ein ziemlicher Einbruch. Die neugestaltete Ausstellung bekam nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit, die der ersten zuteilgeworden war, obwohl sie in ihrer Aussage klarer, schärfer und weiterreichend war als die erste.

Einige Linke warfen der zweiten Ausstellung vor, sie sei zu brav, zu konformistisch, sei vor der Kritik eingenickt. Sehen Sie das auch so?

Nein. Bei dieser Kritik ging es eher darum, dass Reemtsma gegenüber der Rechten »eingeknickt« sei, man hätte die erste Ausstellung weiterhin zeigen müssen, auch wenn die Einwände gegen einzelne Teile berechtigt waren. Die Forderung hielt ich für dogmatisch. Wenn es ungenaue Aussagen gab, falsche Zuordnungen und Bilder, musste man das korrigieren. Sobald man bei dieser Thematik die wissenschaftlich belegte Argumentation verlässt und sich in den bloßen Meinungskampf begibt, hat man schon verloren.

Auch an den verschiedenen Stationen der neugestalteten Ausstellung demonstrierten regelmäßig Rechte gegen die Ausstellung und Linke gegen die »Nazi-Aufmärsche«. Das war 2001 zur Eröffnung in Berlin so und 2004 in Hamburg, bevor die Ausstellung geschlossen und archiviert wurde

Ja. Aber der Aufruhr hatte da schon ritualisierte Formen und Züge angenommen. Es spielte gar keine Rolle mehr, was in der zweiten Ausstellung ausgesagt wurde und wie stark und präzise das belegt war. Mittlerweile hatte die Ausstellung aber eine öffentliche Debatte in Gang gebracht, die ihrem Anliegen letztlich doch entsprach. In der Bundestagsdebatte am 13. März 1997 kam das deutlich zum Ausdruck.

Der CDU-Mann Alfred Dregger stellte im Bundestag die Frage, »ob die Aussteller Heer und Reemtsma wissenschaftlich und moralisch legitimiert sind, Millionen von Menschen, die sie nicht kennen, ihrem Urteil zu unterwerfen und sie in dieser Weise zu verletzen, ohne einen auf die Person bezogenen Wahrheitsbeweis führen zu können«. Und dann trat ihm Otto

Schily entgegen, berichtete aus der Geschichte seiner Familie, von seinem Onkel, der ein Oberst der Luftwaffe gewesen war, seinem ältesten Bruder, der als Pionier im Russlandfeldzug schwer verwundet wurde, und von seinem Vater, einem Nazi-Gegner, der es allerdings demütigend fand, dass er nicht zum Wehrdienst eingezogen wurde. Als nächstes sprach Schily vom Vater seiner Frau, von Jindrich Chajmovic, der in Russland als jüdischer Partisan gegen die Wehrmacht gekämpft hatte. Er sei, so Schily weiter, von den vier Personen der einzige gewesen, »der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat«. An dieser Stelle applaudierte fast das gesamte Auditorium. Ich habe die Debatte damals live verfolgt und diesen Augenblick als Wendepunkt verstanden. Nicht nur in Bezug auf die Wehrmacht, sondern darüber hinaus in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit.

Schauen wir zurück und fragen nach dem Gegenstand des Streits, der Wehrmacht, die seit 1934 auf Hitler vereidigt war. Warum ist nicht wenigstens das Offizierskorps der Wehrmacht oder das Oberkommando in Nürnberg als verbrecherische Organisation verurteilt worden? Die sowjetischen Ankläger wollten das.

Die Amerikaner und Engländer hatten ja erheblich weniger Soldaten und Zivilisten verloren als die Sowjetunion, deren westliche Territorien die Deutschen vollständig zerstört hatten. Die Soldaten der Westmächte waren nahezu alle aus deutscher Kriegsgefangenschaft heil nach Hause zurückgekehrt, während dreige alb Millionen Rotarmisten in deutscher Hand umkamen. Die Westalherten hatten die Wehrmacht nicht als Verbrecherarmee kennengelernt, die Russen, die Ukrainer und die Belarussen aber sehr wohl. Die meisten westlichen Militärs hatten sogar großen Respekt vor der Wehrmacht, vor ihrer Kampfkraft, ihrer Disziplin. Einige hielten sie für die am besten geführte Armee der Weltgeschichte. Eisenhower und andere teilten diese Hochschätzung und argumentierten nach dem Krieg, dass in Kriegen nun einmal viele unerfreuliche Sachen geschähen. Die Aussage war allerdings wohl schon von dem Bestreben geprägt, eine westdeutsche Armee aufzustellen.

Welche Rolle spielte das Offizierskorps der Wehrmacht im Dritten Reich? Wie sah sein Selbstbild aus? Wie gestaltete sich das Verhältnis zur NS-Führung?

Wir können sicher davon ausgehen, dass die Wehrmachtsführung und das Offizierskorps immer 1939 den Krieg ziemlich einhellig befürworteten. Der Gedanke, sich für die erlittene Schmach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zu revanchieren, spielte dabei eine große Rolle. Allerdings hielt bekanntlich ein Teil der Wehrmachtsführung den Zeitpunkt des Kriegsbeginns für zu früh, weil ihnen angesichts der rüstungswirtschaftlichen

Lage des Reiches das Risiko – noch – zu groß erschien. Auch wissen wir, dass sich einige Generäle während des Kriegs gegen Polen über die Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung, vor allem gegen Juden, empörten. Die wurden aber schnell in ihre Schranken verwiesen. Nach den Siegen über Frankreich und die britische Expeditionsarmee war von solchen Zweifeln wohl keine Rede mehr.

Im Krieg gegen die Sowjetunion wissen wir nicht viel über abweichende, kritische Haltungen gegenüber dem Vorgehen der Führung. Natürlich gab es immer Widerspruch im Einzelnen, aber die Zustimmung zur generellen Linie der Kriegsführung war definitiv vorherrschend. Wobei die Härte des deutschen Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung auch von dem Eindruck geprägt war, dass man angesichts der für die deutsche Seite negativen Kräfteverhältnisse und der akuten Zeitnot schon aus militärischen Gründen keine Rücksicht nehmen dürfe. Die Haltung scheint sich in der zweiten Hälfte des Kriegs noch verstärkt zu haben, als sich das Offizierskorps massiv verjüngte.

Auch 2001 meldeten sich wieder ältere Offiziere und sagten, solange es keine genauen Zahlen gebe, wie viele der Wehrmachtsangehörigen an Verbrechen beteiligt waren, sei die Ausstellung wissenschaftlich wertlos. Braucht man solche Zahlen?

Es gibt sie ja nicht.

Wie trifft man dann eine vernünftige Aussage über die Wehrmacht als Institution?

Auf dem Höhepunkt des Angriffskrieges, im Sommer 1942, war die Ostfront mehr als 2000 Kilometer lang. Helmut Schmidt hat auf die Frage, ob er etwas von den Verbrechen mitbekommen hat, einmal gesagt: »Man wusste ja nicht, was 600 Meter weiter westlich passiert.« Andererseits wissen wir aus Tagebüchern und anderen autobiografischen Dokumenten, dass sich Massaker innerhalb kürzester Zeit herumgesprochen haben. Darüber war man sofort informiert. Und auf den Hinrichtungsfotos sehen wir fotografierende deutsche Soldaten in Massen. Das belegt nicht die Breite der Beteiligung, aber das sensationelle Moment.

Die Drangsalierung oder Tötung von Nichtkombattanten geschah in der Regel in hinteren Linien oder auf dem Rückzug, auf dem man die Taktik der »verbrannten Erde« anwandte. In den sich zurückziehenden Einheiten war der Anteil derer, die an diesen Verbrechen im weiten Sinn beteiligt waren, hoch. Aber eine halbwegs zutreffende Zahl lässt sich nicht ermitteln. Waren zehn, dreißig oder 75 Prozent beteiligt? Und was heißt eigentlich »beteiligt«?

Nehmen wir einmal Babyn Jar als Beispiel. Das ist eine Schlucht, drei Kilometer lang, dreißig Meter tief, nordöstlich der Innenstadt von Kiew. Die zur Ermordung zusammengetriebenen Juden mussten zu Fuß nach Babyn Jar gehen. Wehrmachtseinheiten sperrten das gesamte Areal ab. Wie viele Leute braucht man dazu? Ein paar hundert? Diese wussten also schon, was in der Schlucht passierte beziehungsweise passieren sollte. 33.000 Juden wurden dort ermordet. Beteiligt waren daran Angehörige der Einsatzgruppe C, der Ordnungspolizei und der Geheimen Feldpolizei. Pioniere der Wehrmacht sprengten dann die Ränder der Schlucht zur Spurenbeseitigung. Ein paar Tage später wurde über das Massaker bereits in der deutschen Besatzungsverwaltung im Hotel Majestic in Paris gesprochen.

Ist die Fokussierung auf Täter und Zahlen überhaupt hilfreich, um die Verbrechen des NS zu verstehen?

Hier geht es zunächst nur um die exakte Recherche. Was ist geschehen? Wer waren die Opfer, wer die Täter, wer war verantwortlich, was war bekannt? Beim Verstehen hingegen kommt es auf die Umstände an, auf die konkrete Situation, die Herkunft der Täter, ihre Motivation, ihre Befehle. Und natürlich die Geschichte der Opfer: Wer waren sie, wie verhielten sie sich angesichts der Bedrohung? Wer überlebte, wer nicht?

Zur Klärung der Motivation der Täter trug unter anderem die Diskussion um das Reserve-Polizeibataillon 101 bei. Den Männern des Bataillons war es freigestellt, an der Erschießung von Juden teilzunehmen oder nicht. Nur 15 von 500 weigerten sich. Christopher Browning hat in der Analyse vor allem darauf abgehoben, dass die Männer einen starken Gruppenzwang und Gehorsam empfunden hätten, während Daniel Goldhagen kulturelle und ideologische Elemente herausstellte. Beides trifft zu, es braucht ein kulturelles Klima, das das Denken in solchen Kategorien ermöglicht, und eine Umgebung, in der solche Taten für richtig gehalten werden, damit die Einzelnen sie auch tatsächlich für richtig halten und mögliche Bedenken gar nicht erst aufkommen.

Ein anderes Beispiel: Ein deutscher Soldat schreibt während des Krieges an seine Frau, er sei jetzt hier auf der Krim. Dort sei es wie in Italien, nur noch schöner. Und dann: »Ja, das wäre doch einmal eine Idee, jetzt bald nach dem Krieg, Du und ich, wir beide, eine Pferdezucht an der Krim. Und dann heftig arbeiten. Das wäre das Leben.« Das ist die Kolonialperspektive. Die finden wir oft. Über die politische Haltung des jeweiligen Menschen sagt sie nicht so viel, aber über den Kontext, in dem er lebt; etwa dass er an einem Krieg teilnimmt, von dem er gern profitieren möchte.

Ein drittes Beispiel: Der Wehrmachtssoldat Paul Hohn war im belarussischen Berasino stationiert und notierte am 31. Januar 1942 in sein Tage-

buch: »Es ist 15 Uhr. Seit einer Stunde werden alle noch hier wohnenden Juden, 962 Personen, Frauen, Greise und Kinder erschossen. [...] Endlich. Ein Kommando von 20 Stapos vollzieht die Aktion. 2 Mann schießen immer in Abwechslung. Die Juden gehen im Gänsemarsch [...] durch den Schnee [...] zur Grube, in die sie hintereinander hineinsteigen und der Reihe nach im Liegen erschossen werden. [...] So wird die Pest ausgerottet. Vom Fenster meiner Arbeitsstelle ist das Ghetto auf 500 m zu sehen und Schreie und Schüsse gut wahrnehmbar. Schade, dass ich nicht dabei [bin].«

Was lässt sich an diesen Beispielen ablesen?

Die Bereitschaft, an Massenmorden mitzuwirken oder sie doch gutzuheißen, wenn die Voraussetzungen stimmten: wenn die Befehle so lauteten, wenn die eigene Umgebung das Vorgehen guthieß, wenn die Gewalttätigkeit der militärischen Auseinandersetzungen auf den Umgang mit der Zivilbevölkerung überging, wenn die Gegner oder Opfer als minderwertig wahrgenommen wurden. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, die meisten deutschen Soldaten seien Nazis gewesen. Die meisten Soldaten wurden halt eingezogen, was sie nicht wollten; sie mussten nach Russland, was sie schon einmal gar nicht wollten. Sie kamen zur Infanterie oder in eine andere besonders gefährdete Einheit, statt hinten am Telefon relativ sicher zu sein. Sie waren erschrocken über die Armut in dem Land, über die Bewohner. Sie sahen zum ersten Mal Dörfer mit jüdischer Bevölkerung, und viele erkannten darin die Bestätigung dessen, was ihnen die Propaganda beigebracht hatte.

Viele Soldaten entwickelten dann eine Geht-mich-doch-alles-nichtsan-Mentalität. Das kennen wir auch aus anderen Kriegen. Sie befolgen die Befehle, glauben aber, innerlich nicht beteiligt zu sein. Zugleich haben sie auch keine inneren Widerlager, wenn die Mehrheit ihrer Umgebung es richtig (oder egal) findet, Zivilisten zu erschießen. Wie weit die ideologischen Überzeugungen gereicht haben, ist schwer zu bestimmen. Es gibt dazu ein treffendes Reemtsma-Zitat: »Manche taten es, weil sie es wollten, aber die meisten wollten es, weil sie es taten.«

Warum hat es so lange gedauert, bis in die 1980er-, 1990er-Jahre, bis überhaupt die Täter genauer erforscht wurden?

Weil man gar nicht dachte, dass man Täter erforschen kann oder dass man das tun sollte. Es galt lange auch als eher unseriös. Es hieß dann, man wolle nicht auf einzelne Leute zeigen, es gehe vielmehr um die gesellschaftlichen Formationen, um Klassenanalysen, Faschismusanalyse und so weiter.

Und wie war es um die Täterforschung bestellt, als 1995 die erste Wehrmachtsausstellung eröffnet wurde?

Tätergeschichte in dem Sinne, dass wir die NS-Geschichte erforschen, indem wir die Handlungen und Gedanken der Anführer, der Täter untersuchen, gab es ja schon immer. Der Begriff »Täterforschung« ist aber eigentlich erst in den 1990er-Jahren aufgekommen, als das gesellschaftliche Umfeld der NS-Täter und ihre Vorgeschichte immer stärker in den Vordergrund rückten. Dabei ging es nicht um die Biografien der vier, fünf Galionsfiguren wie Hitler, Göring oder Himmler, sondern genereller um die Frage, woher die Führungskader der Nationalsozialisten kamen – politisch, sozial, kulturell. Die davon angestoßenen Untersuchungen haben doch einigen Aufschluss gebracht: das studentische, rechtsintellektuelle Milieu der Zwanzigerjahre geriet in den Blick, überhaupt die Universitäten als Pflanzstätten des völkischen Radikalismus, ebenso die Gewalterfahrungen des Ersten Weltkriegs und deren Auswirkungen auf die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Jahre. Auch der Einfluss wichtiger Autoren – von Ernst Jünger bis Edgar Jung – wurde hier erkennbar.

Der Ausstellung wurde zudem vorgeworfen, die Opferperspektive auszusparen. Wie haben sich die Opferbilder verändert? Hat die Ausstellung vielleicht auch dazu geführt, dass sowjetische Kriegsgefangene als Opfergruppe mehr Aufmerksamkeit bekommen haben?

Vermutlich ja. Es hatte aber auch schon seit dem Buch von Streit verschiedene regionale und lokale Initiativen gegeben, die zu Stammlagern für sowjetische Kriegsgefangene geforscht haben, man denke etwa an das Stammlager 326 (VI K) Senne. Solche Projekte wurden nun verstärkt realisiert. Allerdings ist ein Großteil der sowjetischen Gefangenen gar nicht im Reichsgebiet, sondern bereits in den provisorischen Massenlagern hinter der Ostfront gestorben, über die man nur sehr schwer Näheres in Erfahrung bringen kann. Insofern hat die Ausstellung auch über die Seite der Opfer Auskunft gegeben. Aber es stimmt schon, den Ausstellungsmachern ging es vor allem um die Täter, eben um die Belege für die These von den »Verbrechen der Wehrmacht«.

Über 17 Millionen Deutsche dienten in der Wehrmacht. Über das Offizierskorps haben wir bereits gesprochen. Wie haben einfache Soldaten an den Krieg erinnert, von ihm erzählt?

In den 1980er-Jahren haben wir in einem Projekt von Lutz Niethammer die Kriegserfahrungen älterer Menschen im Ruhrgebiet untersucht, ich habe dabei eine Gruppe von Krupp-Pensionären befragt. Alle waren Soldaten gewesen. Für den Bericht über ihr gesamtes Leben von 1945 bis 1985 reichten ihnen zehn Minuten. Aber über die Jahre 1940 bis 1945 sprachen sie zwei Stunden und länger. Selbstverständlich habe ich dann auch nach Verbrechen gefragt. Die Antworten lauteten: »Ja, hat es alles gegeben«, »Davon hörte man immer wieder mal« und Ähnliches. Aber dann haben sie berichtet, was Krieg für sie bedeutet hat. Wir Jüngeren, sagten sie, würden unterscheiden, ob man einen Gegner in Uniform oder einen ohne erschießt. Das sei für den, der schießt, aber kein solcher Unterschied, vor allem nicht im Partisanenkrieg. Die Aussage ist sicher eine Schutzargumentation, aber sie verrät doch etwas über die Wahrnehmung.

Einer erzählte vom Vormarsch im Sommer 1941, vom Vorrücken über ein Getreidefeld, ohne zu wissen, dass dort sowjetische Truppen stehen. Plötzlich wurde geschossen und nur zwei oder drei der deutschen Soldaten überlebten: »Nur mein Kumpel und ich sind wieder aufgestanden, alle anderen waren tot«. Am Ende solcher Geschichten fingen die alten Männer oft an zu weinen. Manche haben herumgedruckst, manche haben stundenlang erzählt. Spürbar war die Fassungslosigkeit darüber, was sie erlebt hatten. Und viele sagten, es sei das erste Mal, dass sie darüber so ausführlich sprächen. In der Familie und bei den Kollegen seien alle froh, dass man das hinter sich habe und nicht mehr darüber reden müsse. Es ist ja auch bemerkenswert, dass wir in Deutschland heute keine Wege und Formen gefunden haben, der eigenen Toten, vor allem der etwa 5,4 Millionen im Krieg gefallenen deutschen Soldaten, auf eine angemessene Weise zu gedenken. Wie kann man der Millionen unserer Väter, Großväter, Urgroßväter gedenken, die im Krieg umgekommen sind und die am schrecklichsten Vernichtungskrieg der Geschichte beteiligt waren, ohne diese Verbrechen klein zu reden oder zu relativieren? Die Frage ist offen, aber wir werden es nicht auf die private Erinnerung an die eigenen Verwandten beschränken können.

Das war in den Fünfzigern und Sechzigern, als die Deutschen vor allem die eigenen Opfer betrauerten, offenkundig anders. Was hat sich seitdem verändert?

Es hat ja lange gedauert, bis die Opfer überhaupt wahrgenommen wurden – obwohl es auch schon früh entsprechende Zeugnisse gab, man denke etwa an Anne Frank. Mit zunehmendem Abstand waren wir wohl immer mehr in der Lage, die Opfer der NS-Verbrechen wahrzunehmen. Auch hier spielte es eine Rolle, dass der Einfluss der einstigen NS-Täter und Mitläufer in der Bundesrepublik allmählich abnahm – nicht nur in der Politik, sondern auch in Redaktionen, Verlagen, den Schulen und Universitäten. Die Tagebücher Victor Klemperers erhielten weit über ihre Veröffentlichung 1995 hinaus eine gewaltige Aufmerksamkeit und Ähnliches galt für die Memoiren von Marcel Reich-Ranicki.

Wenn wir heute auf die Jahre seit 1995 zurückblicken, welchen Ort haben die beiden Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht in der Geschichte der Bundesrepublik?

Sie gehören in die Geschichte der Vergangenheitsbewältigung, waren ein wichtiges Element, eine Etappe. Den Ausstellungen ist es gelungen, die Diskussion über die NS-Vergangenheit auf die Wehrmacht auszudehnen, eine öffentliche Debatte jenseits der Forschung auszulösen. Das passiert selten, normalerweise wird erforschtes Wissen nicht in einer so spektakulären und wirksamen Weise publik gemacht. Dabei rührte ein erheblicher Teil des Ausstellungserfolgs allerdings aus der skandalisierenden Gegenreaktion, sodass aus dem Streit um die Verbrechen der Wehrmacht eine Art vergangenheitspolitischer Endkampf zwischen den Fronten von links und rechts wurde.

In ihrem Deutschland-Buch sagen Sie auch, dass mit den Wehrmachtsausstellungen etwas endet. Was genau endet da? Und stimmt es tatsächlich, dass sich die Debatte abkühlt?

Man kann die beiden Wehrmachtsausstellungen als Schlusspunkt der klassischen Phase der Vergangenheitsbewältigung verstehen, in der wir alles zum ersten Mal diskutierten. Dabei haben sich wissenschaftliche Gewissheiten ergeben und politische Lager neuformiert. Die Unterscheidung zwischen links und rechts bezog sich hier nicht mehr auf das Verhältnis von Kapital und Arbeiterklasse oder auf Gewerkschaften und Unternehmerverbände, sondern auf die jeweilige Stellung in einer spezifischen Auseinandersetzung um die Vergangenheit. Diesen Prozess können wir in veränderter Form auch in anderen Ländern feststellen, etwa in den USA bei der Auseinandersetzung über die Denkmäler der Südstaatengeneräle oder auch im Streit um die koloniale Vergangenheit der europäischen Länder.

Wir werden nun wahrscheinlich in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Zukunft weniger darüber debattieren, ob es einzelne NS-Verbrechen gegeben hat und wer dafür verantwortlich war, sondern uns eher in einer Art von Metadiskussion über die Art und Weise der Vergangenheitsbewältigung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten austauschen. Was die NS-Verbrechen angeht, so bestreitet heute ja selbst die Rechte in der Regel nicht mehr, dass es sie gab, sondern moniert, dass zu viel darüber gesprochen werde. Hier ist sie sich paradoxerweise mit Teilen der Linken einig, die der Meinung ist, die Aufmerksamkeit für den Judenmord verhindere eine Kritik an Israels Besatzungspolitik. Das erinnert doch stark an die Aussagen Dieter Kunzelmanns, der 1969 beklagte, dass die deutsche Linke einen »Judenknax« habe und wegen ihres

Schuldbewusstseins angesichts des Holocausts nicht in der Lage sei, die »faschistische« Politik Israels zu kritisieren.

Aber tatsächlich hat sich als Ergebnis der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die Verbrechen des NS-Regimes in der deutlichen Mehrheit der deutschen Bevölkerung ein Konsens herausgebildet, der die Massenverbrechen der Deutschen an den Juden und, nicht zuletzt dank der Wehrmachtsausstellung, auch an allen anderen Gruppen zur Kenntnis nimmt und verabscheut. Dieser Konsens war nicht das Ergebnis staatlicher Politik oder des Einflusses »angelsächsischer Eliten«, sondern der Auseinandersetzungen innerhalb der Zivilgesellschaft. Er ist nicht ungefährdet, aber er ist stabil.

Das Gespräch mit Ulrich Herbert führten Jens Bisky, Jakob Borchers und Isabell Trommer.

Der Historiker Ulrich Herbert leitet die Forschungsgruppe Zeitgeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. ulrich.herbert@geschichte.uni-freiburg.de